

1 **Leinen los!**

2 **Bildung für Nordrhein-Westfalen**

3 **Entwurf, Version vom 16.12.2009**

4 **AK Bildungspolitik NRW**

5 **Vorbemerkungen**

- 6 • Punkte, die während des letzten Treffens als inhaltlich umstritten erkannt
7 wurden, sind **rot** markiert.
- 8 • Sprachlich müssen wir noch entscheiden, ob wir den Text in der Wir-Form
9 formulieren oder von den „Piraten“ bzw. der „Piratenpartei“ sprechen. Dies
10 sollte jedoch mit den Formulierungen der übrigen Themen des Wahlpro-
11 gramms übereinstimmen.
- 12 • Leider gibt es noch Programmpunkte wie die Erwachsenenbildung, in de-
13 nen wir gar keine oder nur sehr wenige Vorschläge haben. Diese Punkte sol-
14 len so weit möglich noch bis zur LMV ausgebaut werden.

15 **Inhaltsverzeichnis**

16	1 Präambel	3
17	1.1 Bildung ist die Basis unserer Gesellschaft	3
18	1.2 Wir wollen die Zahl der Hochschulabsolventen vervielfachen	3
19	1.3 Wir bekennen uns zu einem umfassenden Bildungsbegriff	4
20	1.4 Die soziale und kulturelle Herkunft darf keinen Einfluss auf den individuellen	
21	Bildungsweg haben	4
22	1.5 Bildung ist eine gesellschaftliche Aufgabe	4
23	1.6 Selbstverwaltung der Schulen	5
24	2 Frühkindliche Bildung	5
25	3 Schule	6
26	3.1 Primarstufe	7
27	3.2 Sekundarstufen I und II	7
28	4 Bildungsreform	9
29	5 Hochschule	10
30	6 Erwachsenenbildung	10
31	7 Finanzierung	10

1 Präambel

1.1 Bildung ist die Basis unserer Gesellschaft

Information, Wissen und Bildung formen die Grundlage unserer Gesellschaft. Die Bildung prägt das Gesicht unserer Gesellschaft. Sie ermöglicht den wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt, auf dem unser materieller und geistiger Wohlstand beruht. Sie setzt die Standards für unser Zusammenleben. Sie versetzt uns in die Lage, Herausforderungen zu meistern, Problemlösungen zu finden und wenn nötig den Kurs zu ändern. Wer die Bildung vernachlässigt, zerstört die Grundlagen, auf denen unsere Gesellschaft aufgebaut ist.

Durch den Wandel der alten Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft in eine global vernetzte Wissensgesellschaft wird die Bildung nun auch zur wichtigsten Ressource der deutschen Volkswirtschaft. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands und damit letztendlich auch die sozialen, kulturellen und persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten der Bürger basieren auf dem allgemeinen Bildungsniveau sowie der persönlichen Qualifizierung aller Bürger. Die großen Herausforderungen der Zukunft wie zum Beispiel der Klimawandel sind nur durch technische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Innovationen – also durch ein sehr viel höheres allgemeines Bildungsniveau – zu bewältigen.

1.2 Wir wollen die Zahl der Hochschulabsolventen vervielfachen

Die Piratenpartei stellt die Bildungspolitik deshalb ins Zentrum ihres politischen Handelns. Sie will die absolute Zahl der Hochschulabsolventen signifikant erhöhen und gleichzeitig die Qualität aller Abschlüsse erhöhen. **Laut OECD betrug im Jahre 2007 die Quote der Hochschulabsolventen in einem Jahrgang 23 % (OECD-Durchschnitt 2007: 39 %). Für 2030 streben wir eine Quote von mindestens 60 % an.** Da aufgrund des demografischen Wandels die Zahl der schulpflichtigen Personen sinkt, muss die Quote der Hochschulabsolventen innerhalb eines Jahrgangs in den kommenden zwei Jahrzehnten vervielfacht werden, um den Bedarf der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Gesellschaft an gut und sehr gut ausgebildeten Personen zu decken.

Dies soll einerseits dadurch erreicht werden, dass mehr Schüler zur Hochschulreife gebracht werden, und damit auch mehr Abiturienten ein Hochschulstudium beginnen. Andererseits soll die Abbrecherquote massiv gesenkt werden. Darüber hinaus gilt es die Qualität beruflicher Ausbildungswege zu erhöhen und diese, wo immer es sinnvoll ist, zu einem Universitätsstudium auszubauen. Letzteres ist vor allem für die Berufe notwendig, in denen eine wissenschaftlich fundierte Qualifikation immer wichtiger wird.

65 **1.3 Wir bekennen uns zu einem umfassenden** 66 **Bildungsbegriff**

67 Die basisdemokratische Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen wie sie von der Pi-
68 ratenpartei unter dem Stichwort „Liquid Democracy“ gefordert wird, ist nur mit mündigen,
69 selbstbestimmten und aufgeklärten Bürgern möglich, die sich kritisch, lernfähig und solida-
70 risch in die Willensbildung einbringen wollen. Die Piratenpartei bekennt sich deshalb zu ei-
71 nem umfassenden Bildungsbegriff in der Tradition Humboldts.

72 **1.4 Die soziale und kulturelle Herkunft darf keinen Einfluss** 73 **auf den individuellen Bildungsweg haben**

74 Der Einfluss der sozialen und kulturellen Herkunft sowie der wirtschaftlichen Leistungsfähig-
75 keit des Elternhauses auf den Bildungsweg des Einzelnen soll bis zum Jahr 2030 soweit mini-
76 miert werden, dass sich die soziale Zusammensetzung der Hochschulabsolventen nicht mehr
77 von der der gesamten Gesellschaft unterscheidet. Kein Schüler soll ohne Schulabschluss blei-
78 ben. Die Piratenpartei setzt dabei auf das Prinzip der massiven individuellen Förderung des
79 Einzelnen. Nur wenn jeder Schüler die für ihn richtige individuelle Förderung erhält, können
80 sich die Potenziale jedes einzelnen Schülers entfalten. Zur besseren Integration von Zuwan-
81 derern soll ein interkulturelles Bildungsangebot geschaffen werden. In allen Bildungsinstitu-
82 tionen ist überdies Barrierefreiheit zu gewährleisten. Die Durchlässigkeit des mehrgliedrigen
83 Schulsystems in NRW ist zu verbessern.

84 **1.5 Bildung ist eine gesellschaftliche Aufgabe**

85 Um diese Ziele zu erreichen, sind gewaltige Anstrengungen vonnöten, die nicht dem Einzel-
86 nen aufgebürdet werden dürfen, sondern eine gesellschaftliche Aufgabe darstellen.

87 Mithin hat der Staat die Aufgabe durch die Bereitstellung entsprechender räumlicher, perso-
88 neller und finanzieller Ressourcen eine individuell auf jeden einzelnen Schüler ausgerichtete
89 Förderung zu gewährleisten.

90 Der Zugang zu Bildung ist grundsätzlich auf allen Ebenen kostenfrei zu gewährleisten und
91 damit vollständig durch die Gemeinschaft zu finanzieren.

92 Bei der Finanzierung des Bildungssystems sind grundsätzlich neue Prioritäten zu setzen. Der
93 Bildungsetat muss deutlich ausgeweitet werden.

1.6 Selbstverwaltung der Schulen

Die Piratenpartei lehnt von oben diktierte Reformen des Bildungswesens vehement ab. Selbst die besten Reformvorschläge scheitern, wenn sie nicht von allen Beteiligten mitgetragen werden.

Die Piratenpartei setzt daher auf die Prinzipien Selbstverantwortung, Selbstverwaltung, Subsidiarität und Transparenz. Die Schulen sollen selbstverwaltete Einheiten werden, die auf demokratischem Wege über die Verwendung ihrer finanziellen und personellen Ressourcen sowie ihre Methodik und Unterrichtsplanung selbst entscheiden. Die zu vermittelnden Grundkompetenzen sowie bestimmte Standards sind für alle Schulen verbindlich.

Eine Schule kann die Entlassung in die Selbstverwaltung bei der zuständigen Schulbehörde beantragen. Dem Antrag muss eine Gründungssatzung beigelegt werden, die von der Schulversammlung beschlossen sein muss.

Die Schulleitung wird auf der Schulversammlung von allen anwesenden Lehrern, Eltern und volljährigen Schülern für fünf Jahre gewählt bzw. nach Ablauf ihrer Amtszeit aufgrund ihres Rechenschaftsberichts entlastet.

Die Finanzierung der Schulen erfolgt auf Basis einer Kopfpauschale pro angemeldeten Schüler, wobei die Pauschale selbst sich nach dem Leistungsstand des Schülers beim Schuleintritt richtet. Für lernschwache Schüler erhält die Schule eine höhere Kopfpauschale, da der Aufwand zur Erzielung der gewünschten Ergebnisse entsprechend höher ist.

Die Erfolge der Schule werden transparent kommuniziert, sodass Eltern und Schüler vor der Anmeldung ihre Schule beurteilen können.

Ziel der Selbstverwaltung ist es, dass individuelle Schulkonzepte vor Ort von den Betroffenen selbst entwickelt und umgesetzt werden. In der Summe entstehen so mehrere parallel auswertbare Lösungswege. Außerdem wird Bürokratie abgebaut.

2 Frühkindliche Bildung

Der frühkindlichen Bildung kommt bei der Verwirklichung unserer Ziele eine zentrale Bedeutung zu. Es ist ihre Aufgabe, die bestehenden Unterschiede in den persönlichen Kompetenzen der Kinder so weit auszugleichen, dass möglichst alle Kinder unabhängig von ihrer sozialen und kulturellen Herkunft mit möglichst guten Grundvoraussetzungen ihre Schullaufbahn beginnen.

Wir fordern deshalb eine kostenlose Ganztagsbetreuung für Kinder ab dem ersten Lebensjahr flächendeckend in ganz Nordrhein-Westfalen. Das Recht darauf ist gesetzlich festzuschreiben. Die Jugendämter sind verpflichtet, alle Eltern, deren Kinder bis zum dritten Lebensjahr nicht in einer Kindertagesstätte angemeldet sind, nachhaltig über die Vorteile des KITA-Besuchs durch verständliche Informationen aufzuklären. Unser Ziel ist es, dass jedes Kind ab

129 dem dritten Lebensjahr wenigstens halbtags eine Kindertagesstätte besucht. In den Kommu-
130 nen sind Strategien zu erarbeiten, wie dieses Ziel erreicht werden kann.

131 Die Eltern können die Kindertagesstätte für ihre Kinder frei wählen. Konfessionelle, soziale,
132 kulturelle oder sonstige Zugangsbeschränkungen sind in Einrichtungen, die zu mehr als 50 %
133 öffentlich finanziert werden, nicht zulässig.

134 Der Besuch von Kindertagesstätten sowie die Verpflegung ist kostenlos.

135 Bei der öffentlichen Finanzierung von Einrichtungen sind alle Träger gleich zu stellen.

136 Kommunen, die aus eigener Kraft die notwendige Zahl von Plätzen in Kindertagesstätten
137 nicht bereitstellen können, werden vom Land finanziell unterstützt. Die Landesmittel sind
138 entsprechend aufzustocken.

139 Alle Kinder werden im Alter von vier Jahren sprachlichen und motorischen Tests unterzogen,
140 die entsprechende Defizite aufdecken sollen. Förderbedürftige Kinder erhalten in der Kin-
141 dertagesstätte eine intensive sprach-motorische Förderung, deren Ziel es ist, die Defizite bis
142 zum sechsten Lebensjahr auszugleichen. Die Zusammenarbeit mit den Eltern muss dabei
143 aktiv gefördert werden.

144 Die fachliche Qualifikation der Erzieherinnen und Erzieher soll verbessert werden, indem die
145 Ausbildung zukünftig in einem pädagogischen Hochschulstudium absolviert wird.

146 **3 Schule**

147 Für jeden Schüler ist eine Ganztagsbetreuung mit Mittagessen und individuellen Lerngrup-
148 pen oder einer Hausaufgabenhilfe am Nachmittag vorzusehen.

149 Die Lehrer sind in ihrer Arbeit durch nicht lehrendes Personal (Assistenten, Psychologen und
150 Sozialpädagogen) soweit zu unterstützen, dass sie sich auf die Vermittlung des Unterrichts-
151 stoffes konzentrieren können.

152 Im Sinne der Menschenrechte und einer Kultur des sozialen Miteinanders muss das Ziel ei-
153 ner jeden Schulpädagogik sein, Ausgrenzungen und Separationen weitestgehend zu vermei-
154 den. Daher fordert die Piratenpartei einen kontinuierlichen Rückbau der Förderschulen in
155 NRW und die weitestgehende Einbindung der Schülerinnen und Schüler mit speziellen För-
156 derbedarfen in die allgemeinbildenden Schulen nach den Prinzipien der Inklusion und der
157 Inklusionspädagogik. Bestehende bauliche Barrieren in Grundschulen und weiterführenden
158 Schulen werden zügig beseitigt.

159 3.1 Primarstufe

160 Die vierjährige Primarstufe soll in Zukunft wesentlich mehr Kinder auf einen schulischen
161 Bildungsweg vorbereiten, der mit dem Abitur abgeschlossen wird. Sie hat daher die Aufgabe,
162 wesentlich mehr Kinder mit den dafür notwendigen Grundkompetenzen auszustatten. Dies
163 kann nur durch eine individuelle Förderung des einzelnen Schülers geschehen, deren Ziel es
164 ist, insbesondere die herkunftsbedingten Leistungsunterschiede auszugleichen.

165 Um diese individuelle Förderung zu gewährleisten, darf die Klassengröße 15 Schüler nicht
166 überschreiten.

167 3.2 Sekundarstufen I und II

168 3.2.1 Eingliedriges Schulsystem

169 Die TIMSS-Studie, die DESI-Studie und die PISA-Studien stellten für die Sekundarstufe I in
170 Deutschland fest, dass sich die mathematischen und literarischen Kompetenzen zwischen
171 Hauptschülern, Realschülern und Gymnasiasten zu einem großen Prozentsatz überschnei-
172 den. Dies bedeutet, dass es in allen Schulformen sehr gute, mittlere und schwache Schüler
173 gibt - nur eben in den Prozentanteilen unterschiedlich. Hieraus schloss die UNICEF-Studie
174 „Disadvantages In Rich Nations“, dass die Kinder in Deutschland zu früh und falsch sortiert
175 würden. Die Studie fasste die Situation in Deutschland unter dem Titel: „Germany: Child-
176 ren Sorted For A Life“ (Deutschland: Kinder für ihr ganzes Leben einsortiert) zusammen, um
177 zu verdeutlichen, dass diese frühe Einsortierung kaum rückgängig zu machen sei. Die PISA-
178 Sonderstudie zu Erfolgchancen von Migrantenkindern kritisiert ebenfalls das deutsche Bil-
179 dungssystem. Migrantenkinder der zweiten Generation, also Schüler und Schülerinnen, die
180 in Deutschland geboren sind, aber ausländische Eltern haben, erbringen noch schlechtere
181 Leistungen als Migrantenkinder der ersten Generation; 40 % von ihnen erreichen nicht die
182 Kompetenzstufe 2.

183 Da sich die eingliedrigen Schulsysteme der PISA-Spitzenreiter Finnland und Kanada in der
184 Vergangenheit als leistungsfähiger erweisen haben und wir das Ziel verfolgen, die Zahl der
185 Abiturienten pro Jahrgang zu vervielfachen, schlagen wir ein eingliedriges Schulsystem vor,
186 dessen vorrangiges Ziel es ist, möglichst viele Schüler zur Hochschulreife zu führen. Das
187 bisherige viergliedrige System, bestehend aus Hauptschule, Realschule, Gymnasium und Ge-
188 samtschule selektiert zu früh und fördert zu wenig. Alle Schüler sollen grundsätzlich die Mög-
189 lichkeit haben, ohne Schulwechsel das Abitur anzusteuern.

190 3.2.2 Fließende Schullaufbahn (Liquid School)

191 Jeder Schüler soll die Möglichkeit haben, seine Schullaufbahn individuell zu planen und flie-
192 ßend zu absolvieren. Auch bei einer umfassenden Beseitigung von herkunftsbedingten Lei-
193 stungsunterschieden wird es immer Unterschiede im Leistungsniveau der Schüler geben.

194 Dies gilt es in der Sekundarstufe I zu berücksichtigen. Die Piraten schlagen deshalb eine Schu-
195 le der unterschiedlichen Geschwindigkeiten vor. Dazu werden die Klassenverbände nach ei-
196 ner zweijährigen Orientierungsstufe zugunsten eines flexiblen Kurssystems aufgelöst.

197 Ein flexibles Kurssystem löst zahlreiche Probleme des existierenden Klassensystem. Mangel-
198 hafte Leistungen in einer bestimmten Zahl von Fächern haben nicht mehr die Wiederholung
199 der Klasse zur Folge, sondern lediglich die Wiederholung der mangelhaft abgeschlossenen
200 Kurse. Umgekehrt werden besonders leistungsfähige Schüler nicht mehr unterfordert oder
201 zum Überspringen einer ganzen Klassen gezwungen, sondern können Kurse wählen, die ih-
202 rer Leistungsfähigkeit entsprechen. Der Übergang in die Sekundarstufe II erfolgt fließend so-
203 bald die entsprechende Zahl von Kursen der Sekundarstufe I erfolgreich abgeschlossen wur-
204 den, womit auch die Problematik von G9 und G8 vermieden wird. Wenn mehrere Kurse der-
205 selben Leistungsstufe angeboten werden und der Schüler den Kurs und damit auch den Leh-
206 rer frei wählen kann, werden überdies viele Probleme vermieden, die allein daraus entstehen,
207 dass die Schüler keinen Einfluss darauf haben, welche Lehrkraft sie unterrichtet.

208 Schulabschlüsse wie der Hauptschulabschluss, die Fachoberschulreife oder das Abitur wer-
209 den durch den erfolgreichen Abschluss einer bestimmten Zahl von Kursen ohne eine beson-
210 dere weitere Prüfung erlangt. Um das Leistungsniveau innerhalb einer Schule und landes-
211 weit vergleichbar zu machen, müssen während der gesamten Schullaufbahn bestimmte Kur-
212 se durch eine zentrale Prüfung abgeschlossen werden.

213 Ein Curriculum mit Pflicht- und Wahlkursen gewährleistet dem einzelnen Schüler ein ho-
214 hes Maß an Freiheit bei der inhaltlichen Differenzierung seiner Schullaufbahn und garantiert
215 gleichzeitig, dass wichtige Grundkompetenzen im Sinne eines umfassenden Bildungsideals
216 allen Schülern vermittelt werden.

217 Obwohl die Piraten die Auflösung von Klassenverbänden und damit die Auflösung eines Zwangs-
218 verbandes als förderlich für die persönliche Entwicklung ansehen, sind sie sich bewusst, dass
219 die sozialen Kompetenzen der Schüler auch durch den Aufbau einer gemeinsamen Schulkul-
220 tur gefördert werden sollte und einer sozialen Vereinsamung des Einzelnen durch geeignete
221 Maßnahmen entgegengewirkt werden sollte.

222 **3.2.3 Individuelle Förderung**

223 Durch den Aufbau eines schulinternen Nachhilfesystems sollen Schüler, deren Leistung nicht
224 befriedigend ist, individuell unterstützt werden. Die dafür zusätzlich benötigten Lehrkräfte
225 sind sofort einzustellen.

226 Die Lehrer sind in ihrer Arbeit sofort durch nicht lehrendes Personal (Assistenten, Psycho-
227 logen und Sozialpädagogen) soweit zu unterstützen, dass sie sich auf die Vermittlung des
228 Unterrichtsstoffes konzentrieren können.

229 Um einen Unterricht zu gewährleisten, der allen Schülern gerecht wird, darf die Klassen- bzw.
230 Kursgröße in den Sekundarstufen I und II maximal 15 Schüler betragen. Dort wo es pädago-
231 gisch notwendig ist, wie in speziellen Fördergruppen, muss diese Zahl entsprechend niedri-
232 ger sein.

233 3.2.4 Benotung und Bewertungskriterien

234 Die Aussagekraft einer Note außerhalb der Rahmenbedingungen, in der sie erhoben wur-
235 de, ist sehr gering. Eine Bewertung der Leistung kann nur als Orientierungshilfe für Schü-
236 ler, Eltern und Lehrer innerhalb der Schullaufbahn dienen. Um diesen Zweck zu erfüllen,
237 sollte die Bewertung von Schüler differenzierter als durch Noten erfolgen. Dazu gibt es zahl-
238 reiche Ansätze, die in der täglichen Praxis stärker umgesetzt werden müssen. Insbesondere
239 in einem künftigen Kurssystem sind detailliert aufgeschlüsselte fachliche Bewertungen wün-
240 schenswert, um darauf aufbauend gezielt die weitere Kurswahl vorzunehmen.

241 **Das Prinzip der informationellen Selbstbestimmung widerspricht der aktuellen Praxis, Ab-**
242 **schlusszeugnisse, die Arbeitgebern oder weiterführenden Bildungsinstituten vorgelegt wer-**
243 **den müssen, mit Noten zu versehen. Abschlusszeugnisse sollten daher lediglich die Erlan-**
244 **gung des entsprechenden Abschlusses zertifizieren.**

245 Die Piraten lehnen Kopfnoten grundsätzlich ab.

246 3.2.5 Digitale Medien

247 Die Nutzung digitaler Medien und des Internets innerhalb der Schule soll verstärkt werden.
248 Jedem Schüler ist dazu ein Notebook mit Netzanschluss zur Verfügung zu stellen. Die Note-
249 books sind durchgehend mit Open-Source-Software zu bestücken.

250 Unterrichtsmaterial für Lehrer und Schüler sollte unter einer freien Lizenz zugänglich ge-
251 macht werden. Dies erspart den Lehrern die Erarbeitung von eigenen Unterrichtsmaterialien.
252 Die Erstellung und Freigabe qualitativ hochwertiger Materialien durch Lehrer und Fachbuch-
253 autoren wird durch das Land entsprechend vergütet.

254 4 Bildungsreform

255 Die Piraten sind sich bewusst, dass die Einführung eines eingliedrigen, kursbasierten Schulsys-
256 tems nicht von oben herab, sondern nur auf Basis eines breiten gesellschaftlichen Konsens
257 erfolgreich eingeführt werden kann.

258 5 Hochschule

259 Die Piratenpartei will mehr Menschen ein erfolgreiches Hochschulstudium ermöglichen. Ins-
260 besondere finanzielle Hürden, die diesem Ziel entgegenstehen, gilt es sofort abzubauen. Wir
261 lehnen deshalb Studiengebühren strikt ab und fordern eine elternunabhängige, bedarfsge-
262 rechte und nicht schuldenbasierte finanzielle Förderung aller Studenten. Jeder Student soll
263 sich ohne Existenzängste voll und ganz auf sein Studium konzentrieren können.

264 Das Studium ist keine Berufsausbildung, mit der die aktuellen Bedürfnisse des Arbeitsmark-
265 tes befriedigt werden sollen, sondern dient der Erlangung von wissenschaftlichen Fähigkei-
266 ten, mit denen unter anderem auch die Probleme von morgen und übermorgen gelöst wer-
267 den müssen. Die Piraten setzen sich daher für ein Studium Generale ein, bei dem die fachli-
268 che Spezifizierung mit intellektuellen Freiräumen und interdisziplinärer Gesamtschau kom-
269 biniert wird. Die Verschulung des Studiums durch den Bologna-Prozess ist daher rückgängig
270 zu machen.

271 Die Regelstudienzeit sollte von den Hochschulen selbst festgelegt werden. Jeder Student hat
272 nach seinem Bachelorstudium ein Anrecht auf einen Masterstudienplatz, Zugangsbeschrän-
273 kungen werden abgeschafft.

274 Zahlreiche Ausbildungsgänge, die zurzeit noch im Rahmen der beruflichen Bildung bestehen,
275 sollen nach und nach in ein Hochschulstudium umgewandelt werden. Dies betrifft unter an-
276 derem die Ausbildung zur Erzieherin oder zum Erzieher in Kindertagesstätten.

277 6 Erwachsenenbildung

278 Die Erwachsenenbildung ist ein weites Feld. Es reicht von Alphabetisierungskursen und Sprach-
279 kursen im Rahmen der Integration von Zuwanderern über die betriebliche Fortbildung und
280 privatwirtschaftlichen Qualifizierungen bis hin zu einem Zweit- oder Drittstudium an Univer-
281 sitäten.

282 Die Landesregierung sollte den Aufbau von frei zugänglichem Lehr- und Unterrichtsmateria-
283 lien in diesen Bereichen finanziell fördern, um den Zugang zu Bildung zu vereinfachen.

284 7 Finanzierung

285 Die bildungspolitischen Aufgaben, die vor uns liegen, können durch eine Umschichtung der
286 Landesmittel allein nicht finanziert werden. Schon die Reduzierung der Klassen- und Kurs-
287 größen auf 15 Schüler innerhalb der nächsten zehn Jahren ist – auch bei zukünftig sinkenden
288 Schülerzahlen – nur möglich, wenn die Zahl der Lehrkräfte und damit die Personalausga-
289 ben verdoppelt werden. Die Piraten gehen davon aus, dass zur Realisierung der Aufgaben der
290 Bildungshaushalt innerhalb von zehn Jahren verdoppelt werden muss. Dies entspricht einer

291 jährlichen Erhöhung der Bildungsausgaben um rund 8 Prozent. Um dies zu realisieren, muss
292 gemeinsam mit dem Bund ein neuer Finanzierungsmodus vereinbart werden.

293 Da durch die Verbesserung der Bildung die Grundlage für ein wirtschaftliches Wachstum in
294 der Zukunft und damit für steigende Steuereinnahmen gelegt wird und nachhaltig Folgeko-
295 sten in den sozialen Sicherungssystemen eingespart werden können, gehen die Piraten da-
296 von aus, dass die Erhöhung der Bildungsausgaben kurzfristig durch Einsparung von Subven-
297 tionen und mittelfristig durch Einsparungen bei den Sozialausgaben und Steuermehreinnah-
298 men gegenfinanziert werden können.

299 Da die Bildungshoheit der Bundesländer spätestens bei Einführung der schulischen Selbst-
300 verwaltung, wie sie von der Piratenpartei gefordert wird, im Grunde obsolet wird, sollte die
301 Bildung im Rahmen einer Grundgesetzänderung langfristig zur Aufgabe des Bundes erklärt
302 werden.